

Michael Wendt

Vom »Rheinischen« zum »Deutschen« Kapitalismus?

Kapitalismustheorien auf dem Prüfstand

Die schwere Krise der europäischen Währungsunion zeigt sich in der Auseinanderentwicklung der einzelnen Wirtschaftsgesellschaften: Jene mit hohen und stabilen Leistungsbilanzüberschüssen stehen jenen mit hohen Leistungsbilanzdefiziten gegenüber. Diese Entwicklung der ökonomischen Fundamentaldaten hat eine Kontroverse über einen Ausstieg aus dem Euro und eine Rückkehr in die Neuauflage des europäischen Währungssystems mit bestimmten Bandbreiten von Wechselkurschwankungen ausgelöst: zum einen durch Beiträge von Heiner Flassbeck/Costas Lapavistas (*The Systemic Crisis of the Euro*, 2013), die einen solchen Weg vorschlagen, zum anderen durch Wolfgang Streeck (*Korporatismus in Deutschland*, 1999, und *Gekaufte Zeit*, 2013) und Fritz W. Scharpf. Die Befürworter einer Auflösung der Währungsunion begründen ihre Position im Kern mit der unterschiedlichen Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten einzelner Länder, die zu entsprechenden Veränderungen in der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen dieser Länder und darüber zu hohen Leistungsbilanzsalden und einer entsprechenden differenzierten Verschuldung der Mitgliedsländer geführt habe. Der Frage, ob dieser einfachen Krisendiagnose gefolgt werden kann, soll hier nicht weiter nachgegangen werden. Die Diagnose zeigt allerdings, dass bestimmte Annahmen oder Konstruktionen der neomarxistischen Kapitalismustheorien durch den Verlauf dieser europäischen Krise offen in Frage gestellt, wenn nicht gar demontiert worden sind.

Das betrifft zum einen die These, dass die sogenannte Realwirtschaft durch die Investorenentscheidungen auf den internationalen Finanzmärkten gesteuert wer-

de, dass den modernen Kapitalismus die finanzgetriebene Akkumulation kennzeichne, bis hin zu der Spekulation über einen »europäischen Finanzmarktkapitalismus« (Hans-Jürgen Urban). Damit steht in engem Zusammenhang das Bild des Shareholder Value als zentrale Steuerungsgröße für wirtschaftliche Prozesse. Mit der über die Finanzmärkte gesteuerten finanzgetriebenen Akkumulation soll sich auch die ökonomische Basis des sogenannten Rheinischen Kapitalismus aufgelöst haben. Diese Annahmen können nicht erklären, warum es in den einzelnen Gesellschaften der Währungsunion zu ganz unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungen gekommen ist und warum gerade in Deutschland, den Niederlanden, Österreich und Finnland die industrielle Wertschöpfung nicht nur nicht erodiert ist, sondern sich im internationalen Wettbewerb gefestigt hat. Die Vorstellung von einem stabilen Regime des Vermögensbesitzes hat sich wie die These von einer Dominanz des Finanzkapitals über das sogenannte Realkapital als haltlos erwiesen.

Es betrifft zum anderen die These, dass das Regime des Shareholder-Kapitalismus den »fordistischen« Klassenkompromiss nach 1990 aufgekündigt habe und der korporatistisch geprägte Kapitalismus an sein Ende gekommen sei. Diese These basiert auf der Annahme, dass der Rahmen einer konsensorientierten, kooperativen Arbeitspolitik – früher die Basis erfolgreicher Interessenkompromisse – heute »weitgehend zerstört« sei (Dieter Sauer, 2005). Entgegen bestimmter Annahmen, dass das anglo-amerikanische Modell einer *Liberal Market Economy* dem Rheinischen Kapitalismus unter den Bedingungen der Globalisierung überlegen sein werde, haben sich

nach der Finanzmarktkrise zumindest das deutsche Modell und die ihm verwandten Modelle als relativ stabil erwiesen. Im deutschen Modell sind auch die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit und die Systeme der Mitbestimmung auf der betrieblichen Ebene (Betriebsräte) und auf der Unternehmensebene (Aufsichtsräte) weitgehend intakt geblieben. Die »Beschäftigungsbrücke«, die Betriebsräte und Betriebsleitungen, Gewerkschaften und Unternehmerverbände, Bundesarbeitsministerium und Bundesagentur gemeinsam nach dem offenen Ausbruch der Finanzmarktkrise und dem damit verbundenen drastischen Rückgang der Auftragsgänge in der Industrie gebildet haben, hat eindrucksvoll belegt, dass diese Kooperation funktioniert.

Eine Reihe von aktuellen empirischen Untersuchungen aus der deutschen Wirtschafts- und Industriosozologie bestätigt mit ihren Befunden, dass der deutsche Kapitalismus in seinem Kern ein korporativ angelegter Produktionskapitalismus geblieben ist. Es hat zwar eine Anpassung an die veränderte Regulierung der Kapitalmärkte stattgefunden, aber der spezifische deutsche Entwicklungspfad einer koordinierten und korporativ angelegten Marktwirtschaft ist nicht verlassen worden. Werner Abelshäuser hatte offensichtlich Recht, als er 2003 in seinem Buch *Kulturkampf* entgegen den Befürchtungen von Wolfgang Streeck darauf hinwies, dass ein »voll ausgeprägter Wohlfahrtsstaat, in dem kooperative Arbeitsbeziehungen und der Staat eine zentrale Rolle auf dem Gebiet der produktiven Ordnungspolitik spielen, durchaus in der Lage ist, dem amerikanischen Modell auf seiner ureigenen Domäne Paroli zu bieten«.

Als theoretisch nicht haltbar hat sich auch Klaus Dörres Versuch erwiesen, durch die Übernahme und Modifikation des Begriffs der »äußeren Landnahme« aus der Akkumulations- und Imperialismustheorie von Rosa Luxemburg eine Art von

über Kennziffern gesteuerte »Planwirtschaft« zu konstruieren, mit der die »fokalen Unternehmen« eine umfassende Profitabschöpfung betreiben.

Als nicht tragfähig hat sich aber auch die deutsche Version der aus Frankreich stammenden Regulationstheorie erwiesen, die die Entwicklungsstadien kapitalistischer Gesellschaftsformationen schematisch in »fordistische« und »postfordistische« unterteilt und behauptet, dass die Konstruktion einer neoliberalen Hegemonie die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise politisch regulieren werde. Solche sozialwissenschaftlichen Konstruktionen von funk-

tionierender politischer Steuerung durch einen neoliberalen Block haben sich blamiert: Sowohl die schwere Krise auf den Finanzmärkten, die von 2007 bis heute andauert, wie die tiefgehende Krise innerhalb der europäischen Währungsunion, haben die hinter dieser Hegemonietheorie stehende Annahme widerlegt, es gebe so etwas wie Gramscis »kollektiven Kapitalisten«, der seine Interessen im Wechselspiel von Konsens und Zwang durchsetzen könne. Der grundlegende Fehler dieser Weiterentwicklung der Regulationstheorie liegt darin, dass die historischen und institutionellen Unterschiede der nationalen kapitalistischen Gesellschaften systematisch vernachlässigt worden sind und durch eine »große Erzählung« über einen neuen Kapitalismus der Finanzinvestoren ersetzt worden sind zugunsten einer unterstellten gemeinsamen historischen Entwicklung von einer »fordistischen« zu einer »postfordistischen« Entwicklungsphase eines internationalen Kapitalismus, den die internationalen Finanzmärkte und ihre Akteure gleichsam »von oben« steuern. Das ist nicht viel mehr als eine mit sozialwissenschaftlichen Begriffen verkleidete »Räuberge-

Sozialwissenschaftliche Konstruktionen von funktionierender politischer Steuerung durch einen neoliberalen Block haben sich blamiert

schichte«, die einer präzisen historischen Untersuchung nicht standhalten kann.

Wenn wir heute sehen, dass sich der deutsche Produktionskapitalismus in der Finanzmarktkrise im Kern behaupten konnte und damit auch seine korporativen Institutionen halbwegs stabil geblieben sind, so markiert dies dennoch keine Erfolgsgeschichte des deutschen Modells. Die deutsche Wirtschaftspolitik hat nach 1999 mehrere Versuche unternommen, dieses Modell einer korporativen Marktwirtschaft an das vermeintlich unter den Bedingungen der Globalisierung überlegene angloamerikanische Modell anzupassen: erstens durch eine Senkung der Unternehmenssteuern, zweitens durch eine Deregulierung und zugleich Neuregulierung des Arbeitsmarktes durch die sogenannten Hartz-Gesetze. Beide Anstrengungen haben bis heute unter dem Strich die institutionelle Kohärenz des deutschen Produktionssystems beschädigt. Zum einen hat die restriktive Fiskalpolitik zu ei-

ner besorgniserregenden Vernachlässigung der materiellen Infrastruktur und der Bildungsinvestitionen in der Gesellschaft geführt, ein Tatbestand, auf den aktuell das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung aufmerksam gemacht hat. Zum anderen hat diese Neuregulierung des Arbeitsmarktes zu problematischen Folgen für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft geführt: die zunehmende Ausweitung prekärer Arbeitsverhältnisse und damit die Verfestigung eines breiten Niedriglohnssektors. Beide Prozesse zeigen die wirtschaftspolitischen Aufgaben, die in den nächsten Jahren eingeleitet werden müssen und die nur im Rahmen einer keynesianisch inspirierten makroökonomisch ausgerichteten Politik bewältigt werden können. Eine so verstandene Wachstumspolitik kann auch dazu beitragen, die durch die Austeritätspolitik gegenüber den südeuropäischen Krisenländern forcierten rezessiven Impulse wieder aufzuheben.



Michael Wendl

(* 1950) ist Soziologe und arbeitet für die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Er ist zudem Mitherausgeber der in Hamburg erscheinenden Zeitschrift *Sozialismus*. Bei VSA erschien zuletzt: *Machttheorie oder Werttheorie? Die Wiederkehr eines einfachen Marxismus*.
michael.wendl@t-online.de